

Parteiarbeit: nicht immer spektakulär – aber immer wichtig!



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Es wird viel gearbeitet in der LDP! Die Riehener Partei hat die Wahlen für den Einwohnerrat und den Gemeinderat vorbereitet und durfte sehr zufrieden sein mit den Ergebnissen. Im Einwohnerrat konnte die Anzahl der Sitze gehalten werden. Gratulation an Jürg Blattner, Andreas Hupfer, Claudia Schultheiss-Bühlmann, Noëmi Crain Merz, Thomas Strahm und Heiner Vischer! Im Gemeinderat hat die Zusammenarbeit der Bürgerlichen funktioniert, der Angriff von GLP, Grünen, SP und EVP konnte abgewehrt werden, die Bürgerliche Mehrheit ist für vier Jahre gesi-

chert. Unser bisheriger Gemeinderat Daniel Hettich ist mit einem Glanzresultat wiedergewählt worden. Zum Erfolg haben alle Kandidatinnen und Kandidaten beigetragen, herzlichen Dank für den grossen Einsatz. Dank auch an den Vorstand der LDP Riehen Bettingen!

Dank an François - gute Wünsche an Philip

Im Grossen Rat hat Philip Karger neu Einsitz genommen. Er folgt auf François Bocherens, der aus beruflichen Gründen zurücktreten musste - herzlichen Dank für Deinen Einsatz auch an dieser Stelle! Viel Erfolg und Freude am Amt unserem neuen Grossrat! Vom Bau- und Verkehrsdepartement ist eine Mobilitätsstrategie in Vernehmlassung gegeben worden. Wir haben unsere Ablehnung mitgeteilt und eine vollständige Überarbeitung verlangt. Der vorgegebene Fragebogen enthielt tendenziöse Fragen, auf die wir nicht eingehen wollten.

Ein Beispiel: Post-Petition



Ein Beispiel, wie wichtig auch unspektakuläre Parteiarbeit sein kann, ist das oft sehr aufwändige Sammeln von Unterschriften für Referenden, Initiativen oder - wie hier bei der Einreichung - einer Petition für die Erhaltung der Postdienstleistungen.

Eigenes Mobilitätspapier

Wir haben ein eigenes Papier eingereicht, dass von unseren Mitgliedern Meinrad Morger und Martin Kolb in Zusammenarbeit mit Vorstands- und Fraktionsmitgliedern erarbeitet wurde. Die Ideen und Anregungen für eine künftige Mobilitätspolitik sind lesenswert, Sie finden eine Zusammenfassung auf der S. 5. Auf Mitteilungen des Regierungsrats oder andere Informationen muss eine politische Partei oft rasch reagieren, wenn sie von den Medien wahrgenommen werden will. So haben wir uns auch nach der Ankündigung des Regierungsrats, die MCH Group mit

Inhalt

Parteiarbeit: nicht immer spektakulär, aber immer wichtig!

Ein Beispiel: Post-Petition

Seite 1

Dr Fraktionspreesi verzellt...

Polit-Samschtig-Morge-Kaffi (PSMK)

Seite 2

Steuersenkungen: Für die gesamte Bevölkerung?

Seiten 3

Mobilität in Basel: Tempo 30 und Schienen in jeder Strasse?

Seite 5

AHV-Reform: Ein guter Vorschlag des Parlaments

Neuer Vorstand der LDP Riehen-Bettingen

Seiten 6

Revision Sexualstrafrecht: Zusammenarbeit der Jungparteien

Philip Karger : Das neue Fraktionsmitglied stellt sich vor

Seite 7

Harmoniesucht auf dem „Bock“

Seite 8

CHF 34 Millionen zu unterstützen und damit weitere 34 Millionen Franken des Hauptaktionärs ins Unternehmen fließen zu lassen, rasch geäussert. Wir haben für diesen Antrag Unterstützung in Aussicht gestellt. Es gibt keinen anderen Weg, dem Unternehmen aus der schwierigen Lage heraus zu helfen. In den letzten zwei Jahren konnten pandemiebedingt fast keine Publikumsveranstaltungen durchgeführt werden, was sich auf der Einnahmenseite negativ auswirkt. Leider gab es auch keine Bundesgelder für die Ausfälle, weil der Kanton am Unternehmen beteiligt ist. Wir haben Sie bereits früher informiert, dass wir uns gegen den Leistungsabbau der Post wehren. Im Frühjahr haben wir die Petition mit mehr als 1400 Unterschriften eingereicht. Wir bleiben am Thema dran, auch auf Bundesebene.

Heikles Thema Wohnschutz bleibt

Auch mit dem Themenbereich «Wohnschutz, Ausweitung der Mieterrechte» müssen wir uns weiter beschäftigen. Nachdem das Volk fünf Initiativen angenommen hat, welche zum Teil die Eigentumsfreiheit stark einschränken, gilt es die Entwicklung zu beobachten und zu versuchen, Korrekturen anzubringen. Mit der Initiative «Basel baut Zukunft», die mindestens 50% der nutzbaren Bruttogeschossfläche für gemeinnützigen Wohnungsbau in Kostenmiete vorschreibt, laufen wir Gefahr, dass

wichtige Investoren in den Wohnungsbau Basel den Rücken kehren werden. Wir werden uns frühzeitig um solch wichtige Themen kümmern. Es sind auch noch andere Initiativen unterwegs, die wir als Liberale bekämpfen müssen. In der Wintersession 2021 durfte ich mein Nationalratsmandat beginnen. Seither habe ich mich gut eingelebt. In der FDP-Liberalen Fraktion bin ich gut aufgenommen worden und auch den Sprung ins kalte Wasser der Rechtskommission mit der Revision der Zivilprozessordnung habe ich schadlos überstanden. Die Arbeit gefällt mir und ich freue mich in Bern auch Themen einzubringen, die für Basel wichtig sind. Unsere Regierungsmitglieder Stephanie Eymann und Conradin Cramer sowie auch die Grossratsfraktion werde ich einbeziehen.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Schon jetzt beginnen die Vorbereitungen auf die nächsten Wahlen. Im 2023 wird zuerst im Juni der Bürgergemeinderat gewählt und im Herbst dann der Nationalrat und der Ständerat neu bestellt. Auch dann sind wir wieder auf Ihre Mithilfe angewiesen. Schön, dass es wieder möglich ist, Parteiversammlungen und Anlässe durchzuführen. Ich freue mich, Sie dort persönlich begrüßen zu dürfen. Mit bestem Dank für Ihre Unterstützung der LDP und den besten Grüßen Ihre Parteipräsidentin

Dr Fraktionspreesi verzelt...



Was wünschen Sie, geschätzte Leserin, von unserer Fraktion zu lesen? Dass wir uns wieder für unsere Sitzungen im Restaurant Schnabel treffen können? Oder, dass wir ab und an denken, dass wir von den sogenannten bürgerlichen Parteien oft die einzig liberal Denkenden sind? Dabei müssten wir doch unser aller Kräfte bündeln und vermehrt vereint auftreten, dann hätten wir auch Chancen, wichtige Abstimmungen im Parlament zu gewinnen. Oder doch lieber, dass die Standesinitiative «Horizon» betreffend Massnahmen für eine Vollsoziierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe von Beat Von Wartburg und Catherine Alioth grosse Zustimmung bei allen Parteien erfahren hat? Einen Teilerfolg im Grossen Rat konnten wir erst kürzlich erfahren mit der Umwandlung einer Motion betreffend «Definition preisgünstiger Wohnungsbau ...» in einen Anzug. Hätten wir im Parlament die Motion überwiesen, dann hätte dies zum Beispiel für Transformationsareale bedeutet (auf denen ein Drittel preisgünstiger Wohnraum verlangt wird), dass diese nur noch durch gemeinnützige Bauträger bzw. durch die öffentliche Hand realisiert werden könnten.

Schlicht unverständlich, dass ein Budgetpostulat für Sachmittel für (noch) nichtexistierende (!) Stellen für das Klimathema eine Mehrheit im Parlament gefunden hat. Die Stellen werden erst ab Juni (Fachstellenleitung) resp. im dritten Quartal (Mitarbeiterin/Mitarbeiter) besetzt. Durch die nicht ganzjährige Anstellung sind im 2022 Sachmittel verfügbar. Der links politisierende Mensch, welcher für eine Überweisung argumentierte, sagte u.a. «192'000 Fr. sind ja nicht viel». Was für eine Wahrnehmung von Geld! Für mich sind dies viele Steuerfranken und als Politiker fühle ich mich mitverantwortlich für jeden Rappen, den wir ausgeben. Passend ein Aphorismus: «Ich darf nur Geld ausgeben, das ich besitze: Jedes Kind begreift dies – der Staat nicht (S. Rogal)».

Ihr Fraktionspräsident, Raoul Furlano

Polit-Samschtig-Morge-Kaffi (PSMK)



Seit diesem Jahr ist jeder PSMK beim LDP-Quartierverein West mit einem Kurzvortrag verbunden. Umut Yilmaz eröffnete die Vortragsserie mit dem Thema: «Cybersicherheit – die unterschätzte Gefahr für Private und Schweizer KMU». Den zweiten Kurzvortrag hielt Christine Wirz-von Planta zum Thema «Einbürgerung in Basel. Wie geht das?» Der 63. Polit-Samschtig-Morge-Kaffi ging es mit dem Vortrag von Gabriella Karger zum Thema «Wie die Digitalisierung das wissenschaftliche Verlagswesen verändert» weiter.

Steuersenkungen: Für die gesamte Bevölkerung?

Mit einem „Steuerpaket“ will der Regierungsrat Steuern reduzieren und damit bereits vorliegende Forderungen erfüllen. Nach Ansicht der LDP schafft das Paket nur bedingt die gewünschten Entlastungen. Eine Analyse von den beiden WAK-Mitgliedern Annina von Falkenstein und Olivier Battaglia.



Wir sind uns alle bewusst, dass sämtliche staatlichen Mittel von Bürgerinnen und Bürgern stammen, welche diese dem Gemeinwesen in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben zur Verfügung stellen und welche vorab erwirtschaftet werden müssen. In den letzten 15 Jahren hat der Kanton regelmässig hohe Überschüsse ausgewiesen und die

Schulden stark abgebaut, was sich in der sehr hohen Kreditwürdigkeitsstufe “AAA” (Rating Agentur Standard & Poor’s) niederschlägt. Ausgehend von der ausgezeichneten finanziellen Lage des Kantons, ist es allerhöchste Zeit, die Steuerparameter kritisch zu prüfen und anzupassen.

Die Regierung legt einen umfassenden

Ratschlag zur Reduzierung der Steuern auf (s. Aufstellung unten) und integriert darin gleichzeitig verschiedenen hängige politische Steuergeschäfte, zum Teil mit einem eigenem Gegenvorschlag:

- die Gemeindeinitiative von Riehen, in welcher die Erhöhung des Kinderabzugs von CHF 7'900 auf CHF 9'300 gefordert wird, legt der Regierungsrat einen Gegenvorschlag auf, bei der zwar eine Erhöhung des Abzugs vorgesehen ist, aber nicht in der geforderten Höhe.
- die Motion Eichner zur Erhöhung des Abzugs der Kinderdrittbetreuungskosten von CHF 10'100 auf CHF 25'000 pro Kind.
- der Anzug Herter betr. den Abzug der günstigsten Grundversicherung für alle
- der Anzug Bolliger betr. einem vereinfachten Unterstützungsabzug für volljährige Kinder für Unterstützungszahlungen kleiner als CHF 5'500.
- die Motion Urgese, die eine Senkung der Einkommenssteuer zur Attraktivitätssteigerung des Kantons für Familien und Fachkräfte verlangt.

Anliegen	Vorschlag	Minder-einnahmen	Betroffene Personen (geschätzt)
Erhöhung Kinderabzug (Teilumsetzung der Gemeindeinitiative Riehen)	von CHF 7'900 auf CHF 8'600 pro Kind	5 Mio	19'000 (Datenbasis 2018)
Erhöhung des Abzugs der Kinderdrittbetreuungskosten	CHF 10'000 auf CHF 25'000 pro Kind	3 Mio	1'000 (grob geschätzt) (Datenbasis 2018)
Erhöhung des Versicherungsabzugs	Ausgestaltung Versicherungsabzug neu als Pauschale Bezug von Prämienverbilligungen mindert den Abzug nicht mehr. CHF 2800 auf CHF 4'000	22 Mio	Verheiratete: 31'000 Alleinstehende: 61'000 Total: 92'000 (Datenbasis 2018)
Entlastung sämtlicher Steuerzahlenden	Dritter Senkungsschritt aus der Steuervorlage 17 plus Umsetzung Motion Urgese Senkung des untersten Einkommenssteuersatzes von 21.75 auf 21 Prozent	von 36 Mio. (neu 24 Mio.)	92'000 (Datenbasis 2019)
Entlastung des unteren Mittelstandes	Breitere Anwendung des Unterstützungsabzugs Bisher Beiträge von CHF 5'500 pro Person abziehbar. Neu sind Beiträge von CHF 500 - CHF 5'500 abziehbar	2 Mio.	Stand heute: 2'000 (könnte sich grob geschätzt verdoppeln) (Datenbasis 2018)
Moderate Senkung der Vermögenssteuern	Der bisherige Spitzengrenzsteuersatz sinkt von 9.0 Promille auf 7.9 Promille.		21'000 (Datenbasis 2019)
Attraktiver werden für hochqualifizierte Fachkräfte	Anpassung der steuerlichen Behandlung von Mitarbeiterbeteiligungen Der sogenannte Bewertungseinschlag auf den Verkehrswert von Mitarbeiterbeteiligungen steigt von 20 Prozent auf 30 Prozent.	12 Mio	keine Angaben verfügbar

Zusätzlich möchte der Regierungsrat sich für die Entlastung des unteren Mittelstands sowie für die Verbesserung der Attraktivität des Standorts für hochqualifizierte Fachkräfte einsetzen.

Die in nächster Zeit anstehenden steuerrelevanten Geschäfte wie die Anpassungen an die OECD, Individualbesteuerung, den möglichen Wegfall des Eigenmietwerts u.s.w. wurden im vorliegenden Ratschlag nicht berücksichtigt, da diese noch nicht spruchreif sind.

Auf allfällige Wechselwirkungen zwischen den Steuersenkungen und Ver-

günstigungen geht der Ratschlag leider nicht explizit ein.

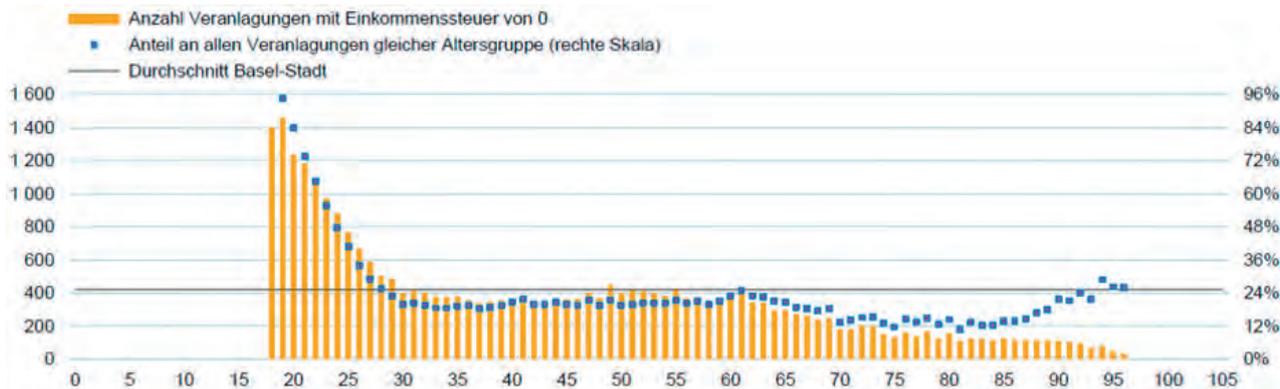
Für die gesamte Bevölkerung?

Von der Senkung des Einkommenssteuersatzes und vom Versicherungsabzug profitieren alle, die Einkommenssteuern zahlen. Vom Kinderabzug profitieren alle Familien, die Kinder haben und Steuern zahlen. Von der Erhöhung des Kinderdrittbetreuungskostenabzugs profitieren eher wenige Familien. Mit Eintritt in den Kindergarten sind die Drittbetreuungskosten nicht mehr so hoch, wes-

wegen die Erhöhung des Abzugs nicht mehr relevant ist. Von der Pauschale profitieren ca. 1'500 Personen, die eher dem tieferen Einkommensbereich zuzuordnen sind.

Bei 25 Prozent aller Veranlagungen (ca. 31'500 Personen) beträgt das steuerbare Einkommen o Franken (Datenbasis Steuerperiode 2019).

Im Jahr 2018 führte das statistische Amt eine vertiefte Analyse zu den Veranlagungen mit steuerbarem Einkommen gleich Null durch (Basis: Steuerjahr 2015):



Demzufolge ist bei Personen, die weniger als 30 Jahre alt sind, der betroffene Anteil höher. Es handelt sich meist entweder um Personen in Ausbildung oder um Berufseinsteigende. Ebenfalls erhöht ist der Anteil gemäss der damaligen Analyse bei Alleinerziehenden: Ein Drittel der alleinstehenden Personen mit Kind verfügen demzufolge über ein steuerbares Einkommen von o Franken. Einzelpersonen und Paare ohne Kinder profitieren am wenigsten vom Steuer-

senkungspaket. Hier sollte noch nachjustiert werden, wenn das Steuerpaket den strukturellen Einnahmenüberschuss tatsächlich zu Gunsten der Gesamtheit der Bevölkerung senken soll.

Auch die vorgeschlagene moderate Senkung der Vermögenssteuern von bisher von 9.0 Promille auf 7.9 Promille hat eher symbolischen Charakter, verkleinert aber den Abstand zu anderen Kantonen leicht. Die Tabelle unten zeigt die Auswirkungen auf die Bevölkerung:

Deckt sich die Steuervorlage mit den Zielen der LDP?

Insbesondere mittelständische Familien werden im Kanton Basel-Stadt heute durch Steuern und Abgaben bedeutend stärker belastet als im schweizerischen Durchschnitt. Hier schafft die Steuervorlage eine bedingte Entlastung. Es gibt noch Handlungsspielraum im Ratschlag, den es zu verhandeln gilt. Nur so können wir dem Ziel, diejenigen zu entlasten, die bis anhin am wenigsten von Steuer-

	Steuerersparnis Einkommenssteuer in Franken	Steuerersparnis Einkommenssteuer In Prozent
Bruttojahreslohn	Einzelperson ohne Kinder	
50'000	351	12%
130'000	891	5%
200'000	1'364	4%
500'000	1'859	2%
Bruttojahreslohn	Familie mit zwei Kindern, nicht drittbetreut	
50'000	0	0
130'000	1'080	13%
200'000	1'552	7%
500'000	3'577	4%
Bruttojahreslohn	Familie mit zwei Kindern, Drittbetreuungskosten 30'000**	
50'000	0	0
130'000	2'986	79%
200'000	3'459	20%
500'000	5'484	7%

* maximal wären bei zwei Kindern Drittbetreuungskosten bis 50'000 Franken abziehbar

abzügen profitieren konnten und alles selbst bezahlen, näherkommen. Ein attraktives Steuerklima soll das Prosperieren der Wirtschaft ermöglichen. Wie geht es nun weiter? Die Wirtschafts- und Abgabenkommission befasst sich

aktuell intensiv mit diesem Geschäft, um vielleicht eine etwas ausgewogenere Vorlage – die tatsächlich der gesamten Bevölkerung entgegen kommt - zu verhandeln. Danach werden der Bericht und die Empfehlung im Grossen Rat be-

handelt. Je nach Ergebnis der Verhandlungen und der Abstimmung im Grossen Rat kann es zu einer Referendumsabstimmung kommen. Die Regierung möchte das Steuerpaket per Steuerjahr 2023 in Kraft setzen.

Mobilität in Basel: Tempo 30 und Schienen in jeder Strasse?

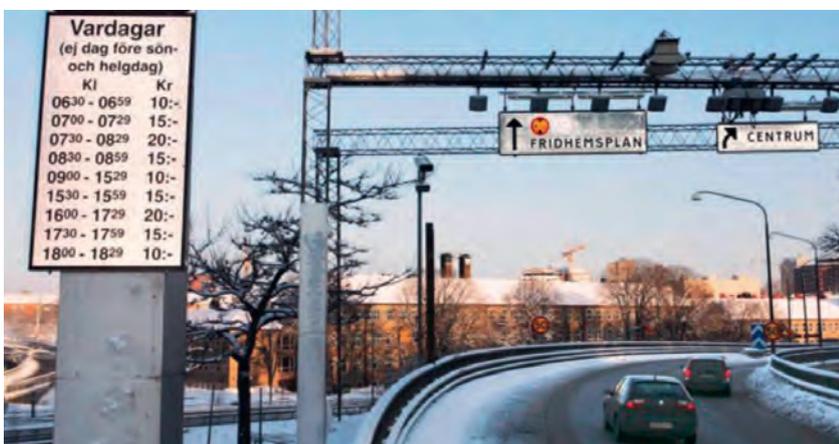
Die Verkehrspolitik in Basel strotzt zur Zeit nicht gerade vor Kreativität und Phantasie. Möglichst alle Parkplätze wegstreichen, auf allen Strassen Tempo 30 einführen und in jede Strasse Tramschienen legen - dies so in etwa die „Akzente“, welche gesetzt werden sollen. Die LDP spielt bei der einseitigen Verteufelung des Autos und gleichzeitiger grenzenloser Tram-Euphorie nicht mit und hat ein eigenes Positionspapier kreiert, welches auch moderne Ansätze aufnimmt.



von Grossrat
André Auderset

In der Verkehrs- und Mobilitätspolitik des Kantons bewegt sich seit Jahren nichts. Leider sind auch unter neuer Leitung keine neuen Impulse für die festgefahrenen Diskussionen um die Mobilität erkennbar. So auch im jüngst veröffentlichten Entwurf einer Mobilitätsstrategie des Bau- und Verkehrsdepartements. Weder werden die Möglichkeiten, mit schienenunabhängigen Transportmitteln den Öffentlichen Verkehr auf gewissen Strecken zu betreiben noch Wege zur

Entkrampfung der Parkraum-Diskussion aufgezeigt. Dazu waren im Vernehmlassungsverfahren die Fragen im BVD-Fragebogen tendenziös gestellt. Die Einholung einer umfassenden Haltung der Angesprochenen war offensichtlich aus Sicht des BVD nicht erwünscht. Die LDP hat deshalb auf die Beantwortung der Fragen verzichtet, ein eigenes Positionspapier erarbeitet und dieses im Vernehmlassungsverfahren eingereicht (Kernpunkte: s. Kasten rechts). Den aktuellen Entwurf lehnt die LDP kategorisch ab und fordert eine Überarbeitung durch das BVD unter Berücksichtigung der Ideen des erwähnten Positionspapiers. Der Reflex, neue Tramlinien zu bauen, muss hinterfragt werden. Der Claragraben und der Petersgraben eignen sich wegen räumlicher Enge nicht für Tramlinien, der Nutzungskonflikt mit anderen Funktionen in diesem Raum steht einer Tramlinie entgegen.



Mobility Pricing mag bei einer grossen Stadt mit wenigen Zufahrten wie hier in Stockholm funktionieren. Für Basel mit unzähligen Verbindungen zu Nachbargemeinden im In- und Ausland ist dieses System denkbar ungeeignet. Foto: Amt f. Mobilität, Basel.

Konkrete Forderungen:

- Erarbeitung einer echten Gesamtstrategie «Mobilität Basel-Stadt.
- Die Folgen der Gesamtstrategie müssen für die Quartiere aufgezeigt werden.
- Beim weiteren ÖV-Ausbau soll eine ausführliche Variantenprüfung unter Einbezug von Alternativen zum Tram durchgeführt werden.
- Die Strassensysteme müssen in Form einer gesamtheitlichen Planung für die Zukunft ausgerichtet werden.
- Die volkswirtschaftlichen Kosten von Verkehrsstaun und erschwelter Erreichbarkeit von Standorten für alle Verkehrsmittel sind regelmässig aufzuzeigen.
- Arealentwicklungen sind als Labore für neue Verkehrssysteme zu verstehen.
- Es braucht einen Parkplatz-Kompromiss: Aufgehobene Parkplätze sind zwingend im Quartier vorgängig unterirdisch zu kompensieren.
- Mobility Pricing ist in Basel angesichts der vielen Strassenverbindungen mit den angrenzenden Gemeinden denkbar ungeeignet.
- Ein harmonisches Nebeneinander der Verkehrsteilnehmenden ist zu fördern, evt. durch Verkehrserziehung.
- Eine obligatorische Verkehrsschule für Velofahrerinnen und Velofahrer und auch für Trottinett-Nutzende ist einzuführen.
- Für Zweiräder sind in der Innenstadt vermehrt Abstellflächen auf privatem Grund oder im Untergrund zu schaffen.
- Zulassungs-Vignetten für den Velo- und Trottinett-Verkehr sind zu prüfen.
- Ein Konzept für City-Logistik ist zu entwickeln und einzuführen.
- Die Dauer von Baustellen im öffentlichen Raum ist durch bauplanerische Massnahmen zu verkürzen.

Die LDP verlangt eine Sondersitzung des Grossen Rats, in welcher die Möglichkeiten, den ÖV auch mit schienenunabhängigen Fahrzeugen zu betreiben, aufgezeigt werden sollen.

Weiter muss der jahrelange Streit um Parkraum beendet werden. Die LDP fordert den Bau von Quartierparkings vor der Aufhebung weiterer oberirdischer Parkplätze und die Erstellung von Kurzzeit-Parkplätzen in der Nähe von Gewerbebetrieben, welche durch Parkplatzaufhebungen Umsatzeinbussen erlitten haben.

Für Fussgänger braucht es Verbesserungen am Centralbahnplatz, am Barfüsser-

und Marktplatz, weil das Überqueren der Tramgleise dort besonders gefährlich ist. Auch mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum sind nötig.

Für den Veloverkehr braucht es offensichtlich – mit Blick auf die vielen Gesetzesübertretungen, welche die übrigen Verkehrsteilnehmenden gefährden und stören – Verkehrskurse, mindestens für die Fehlbaren.

Ein Mobility Pricing lehnt die LDP ab. Der Kanton ist zu kleinräumig. Die Interessen der Landgemeinden und der Nachbargemeinden im In- und Ausland müssten berücksichtigt und das bestehende Steuerungssystem angepasst werden.

Zielkonflikte zwischen Verkehrs- und Umweltpolitik müssen vermieden werden. Der Schadstoffausstoss bei Tempo 30 ist bei vielen Fahrzeugen höher als bei Tempo 40 oder 50. Wenn sich hinter Trams und Bussen der motorisierte Individualverkehr staut, weil es bei Haltestellen keine Überhol- oder Umfahrungsgelegenheit gibt, verursacht dies einen höheren Schadstoffausstoss (Buslinien Wettsteinplatz – Hörnli, Tram 14 Zeughaus bis St. Alban-Graben etc.). Die LDP wird sich im Grossen Rat auch weiterhin für ein sinnvolles Nebeneinander von öffentlichem und privatem Verkehr einsetzen.

AHV-Reform: Ein guter Vorschlag des Parlaments

Die AHV braucht dringend zusätzliches Geld. Im September stimmen wir über eine weitere Reform unter dem Titel «AHV 21» ab, die zum Ziel hat, die Finanzierung für die unmittelbare Zukunft zu sichern; 2026 soll bereits die nächste Reform zur Sicherung der Finanzen erfolgen. Die Abstimmung ist nötig, weil es für die Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Verfassungsänderung braucht.



von Nationalrätin
Patricia von Falkenstein

Seit vielen Jahren versucht die Politik Lösungen zu finden, um unsere AHV – eine segensreiche Institution seit den 40-er Jahren – dauerhaft zu finanzieren. Einige Anläufe sind gescheitert, erfolgreiche Reformen brauchen eben sehr viel Zeit. Nun liegt ein guter Vorschlag des Parlaments vor.

Was soll anders werden?

Das Rentenalter für Frauen soll gleich sein, wie das der Männer, nämlich 65 Jahre. In vier Schritten zu drei Monaten soll die Erhöhung umgesetzt werden. Bei Inkraftsetzung im Jahre 2023 bedeutet dies, dass der Jahrgang 1960 ein Rentenalter von 64 Jahren und drei Monaten hat und ab dem Jahrgang 1964 das Rentenalter für Frauen bei 65 Jahren liegen würde. Dazu gibt es aber Ausgleichsmassnahmen für die ersten neun Jahrgänge betroffener Frauen, also für die von 1960 bis 1968 Geborenen.

Die Zuschläge sind von der Rentenhöhe abhängig und betragen zwischen 12 und 160 Franken monatlich. Auch sollen die Renten von Frauen, die sich vorzeitig pensionieren lassen wollen, weniger stark als sonst üblich gekürzt werden.

Wer eine tiefe Rente erhält, kann sich mit 64 Jahren pensionieren lassen, ohne Kürzung des Rentenbetrags.

Diese Arten von Sonderzahlungen an betroffene Frauen kosten bis zum Jahre 2032 ca. 3,3 Milliarden Franken.

Finanzierung via MWSt

Weiter soll die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte erhöht werden. Das ergibt einen Betrag von ca. 1,4 Milliarden Franken pro Jahr, der von den Konsumentinnen und Konsumenten, darunter auch Rentnerinnen und Rentner finanziert wird. Der Satz der Mehrwertsteuer beträgt dann 08,1 Prozent.

Neuer Vorstand der LDP Riehen-Bettingen



Die Einwohnerrätin Noëmi Crain Merz ist neue Präsidentin der LDP Riehen Bettingen; ihr steht als Vizepräsident der Einwohnerrat Heiner Vischer zur Seite. Im Amt bestätigt wurden als Kassier Andreas Hupfer und als Sekretärin Sandra Brettenthaler sowie Fraktionspräsidentin Claudia Schultheiss und Gemeinderat Daniel Hettich. Neu in den Vorstand gewählt wurden Andrea Pfleiderer und Claudia Fröhlich-Bürgenmeier.

Die Vorlage beinhaltet auch die Neueuerung, sich ab Alter 63 schrittweise pensionieren zu lassen. Man kann neu zu Beginn nur einen Teil der Rente beziehen und den Restbezug aufschieben.

Unüblich früh wird über diese Vorlage heftig und emotional diskutiert. Die SP und die Grünen waren in den Räten gegen die Vorlage. Frauen-Organisationen sprechen sich dagegen aus, weil die Lohnungleichheit noch nicht beseitigt sei und es auch weitere Massnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann brauche.

Es gibt objektive Begründungen für die

Anhebung des Frauen-Rentenalters: Frauen zahlen ein Jahr weniger Beiträge ein als Männer, haben aber eine Lebenserwartung, die mehr als drei Jahre höher ist als diejenige der Männer. Die Notwendigkeit, höhere Einnahmen zu erzielen ist gegeben, weil immer weniger Junge immer mehr Älteren die Renten finanzieren müssen. Der Generationenvertrag ist unbedingt beizubehalten, braucht aber zusätzlich zur ursprünglichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Finanzierung weitere Quellen.

Für mich sind nicht nur die Gründe für eine dringende Etappen-Sanierung die-

ses wichtigen Sozialwerks einleuchtend. Ich finde auch den Weg sehr gut. Die Abfederungen für die betroffenen Jahrgänge in der Übergangszeit sind wohl nötig, um der Fundamental-Opposition von SP und Grünen mit handfesten Argumenten entgegenzutreten zu können. Störend finde ich das Frauenbild, von dem die Gegner der Reform ausgehen: nicht jede Frau findet ein weiteres Jahr AHV-pflichtige Erwerbsarbeit als mühsam – es gibt sehr viele Frauen, die gerne bis zum Alter 65 arbeiten. In der letzten Wintersession habe ich der Vorlage aus Überzeugung zustimmen können – auch als Frau.

Revision Sexualstrafrecht: Zusammenarbeit der Jungparteien

Im Mai 2021 haben sich alle Basler Jungparteien auf Initiative der Jungliberalen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Revision des Sexualstrafrechts geäussert. In der Sommersession 2022 befasst sich nun der Ständerat mit dieser überfälligen Revision.

Es ist den Jungliberalen gelungen, eine überparteiliche Zusammenarbeit mit den Jungfreisinnigen, der JUSO, dem Jungen Grünen Bündnis, der Jungen SVP, der *jev, den jungen Grünliberalen und der Jungen Mitte zu lancieren und gemeinsame Forderungen zu stellen. Die Kernforderung ist dabei die Schaffung eines Tatbestands der aufdringliche verbale oder durch Gesten geäusserte sexuelle Belästigungen unter Strafe stellt. Das sogenannte «Catcalling» betrifft vor allem Frauen und ist leider ein weit verbreitetes Phänomen. Bisher ist die Hür-

de für eine strafrechtliche Sanktionierung dieses mehr als nur unanständigen und inakzeptablen Verhaltens hoch. Zu hoch finden sämtliche Jungparteien des Kanton Basel-Stadt.

Auch ohne Nötigung strafbar

Des weiteren wird vom Bundesparlament gefordert, den Vergewaltigungstatbestand so zu ändern, dass kein Nötigungsmittel mehr vorausgesetzt wird. Hier gingen die Meinungen der Jungparteien zwar auseinander, doch ausser den Jungfreisinnigen, der Jungen Mitte

und der Jungen SVP unterstützen alle Parteien mindestens die «Nein heisst Nein»-Lösung. Die JUSO, das Junge Grüne Bündnis sowie die *jev fordern darüber hinaus die Einführung des «Ja heisst Ja» Prinzips.

Keine Beweislastumkehr

Beide Lösungen bedeuten - entgegen dem weitverbreiteten Irrglauben - keine Beweislastumkehr. Die Unschuldsvermutung gilt also weiterhin und der beschuldigten Person muss eine Straftat nachgewiesen werden wie bisher.

Die breite Unterstützung aller Parteien von links bis rechts zeigt, wie wichtig der jüngeren Generation die Revision des veralteten Sexualstrafrecht ist. Die Jungliberalen hoffen nun, dass der Ständerat, und zu einem späteren Zeitpunkt auch der Nationalrat, die Forderungen aufnimmt und umsetzt.

Philip Karger: Das neue Fraktionsmitglied stellt sich vor



Zu meiner Person: In Basel geboren und alle Schulen bis zur DMS hier gemacht. Lehre als Landwirt auf diversen Höfen in Basel-Landschaft, Schule (Ebenrain) bis zur eidg. Diplomierung. Jobs im Ausland und im Detailhandel. Eigene Firma für wissenschaftliche Multimedia-Produkte. Selbstständiger KMU-Berater KargerInformation, Fotograf, Autor von diversen Büchern.

Politisch: Als Geschäftsführer der Karger Libri AG habe ich die Buchpreisbindung

in der Schweiz bekämpft und 2007 deren Aufhebung erreicht. Damals hat mich Christoph Eymann angesprochen und mir die LDP als Partei schmackhaft gemacht. 2007 erste Kandidatur (Nationalratswahlen auf der Gewerbe-Liste), danach habe ich bei allen BS-Wahlen kandidiert. Seit 2008 im Vorstand der LDP, seit ca. 2010 Präsident im Westen. Ich bin in diversen Vereinen aktiv und Schulkommissionspräsident. Im Februar 2022 bin ich für François Bocherens in den Grossen Rat nachgerückt.

Als **Grossrat** möchte ich mitgestalten. Basel soll für alle Einwohnenden ein attraktiver und lebenswerter Kanton sein und bleiben. Dabei ist mir die Zusammenarbeit quer durch alle Fraktionen wichtig. Das entspricht auch meinem Motto: „Kompromisse finden“.

Ich bin lösungsorientiert und Klassendenken ist mir fremd. Was ich nicht mag sind verbohrene Meinungen und blindes Folgen von Ideologien. Als liberaler Mensch sind mir Verbote zuwider. Ich werde mich nicht in eine Schublade versorgen lassen. Sehr wichtig ist mir der Dialog mit meinen Wählerinnen und Wählern und der Bevölkerung. Ich erlaube mir den Luxus auch einmal keine Meinung zu haben oder diese nicht zu äussern.

Meine **Spezialgebiete** sind die Anliegen der (KMU)Wirtschaft. Hier gilt es Bedingungen zu schaffen, so dass sich die Unternehmerinnen und Unternehmer wohlfühlen im Kanton. Die Bildung ist mir enorm wichtig (ich bin Präsident des Zentrums für Brückenangebote). „Bildung ist unser wichtigstes Gut“.

Glosse: Harmoniesucht auf dem „Bock“



„Ich möchte mir erlauben, das Votum meiner hochgeschätzten Vorrednerin dahingehend zu präzisieren, dass sie vermutlich in einigen Nuancen einem bedauerlichen Irrtum unterliegt, wobei ich mich für meine Widerrede hier ausdrücklich entschuldige.“ Etwa in dieser Art hätte wohl unsere Grossratspräsidentin Jo Vergat (Bild) gerne die Voten unter ihrer Ägide. Wenn hingegen jemand nur leicht die Stimme erhebt oder etwas prononciert seiner Meinung über das gerade erfolgte Votum eines politischen Gegners Ausdruck gibt, begleitet den Votanten (es werden meistens Männer gerügt) der mahnende verbale Drohfinger vom „Bock“ - so nennt man den Sitz des Ratsvorsitz. Gerügt wurde seitens Frau Vergat etwa, wenn bei einer Erwiderung „fehlende Professionalität“ bemängelt wurde oder ein Sprecher befürchtete, dass eine Forderung wohl einen Teil der Bevölkerung „quasi in Geiselhaft“ nehmen würde. Oder es murmelt vom „Bock“ ins präsidiale Mi-

krofon, dass man sich doch etwas weniger aggressiv äussern solle. Man hat das Gefühl, die Ratspräsidentin wolle jegliche Auseinandersetzung unterbinden - dafür sind wir doch gerade dazu im Rat. Da darf man sich doch auch mal empören - oder Empörung verursachen. Nun, der hier Schreibende findet auch nicht, dass man im ehrwürdigen Grossratsaal zu Basel den Bundestag kopieren und die Manieren von Joschka Fischer tolerieren dürfe. Der (übrigens wie Frau Vergat bei den Grünen) rief mal: „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein A...“ Und geradezu notorisch waren die Äusserungen des früheren SPD-Fraktionschefs Herbert Wehner, der es auf sagenhafte 58 Ordnungsrufe brachte, u.a. indem er den CDU-Abgeordneten Jürgen Wolhrabe als „Übelkrähe“ und CSU-Staatssekretär Erich Riedl als „Flaschenkopf“ titulierte.

Aber davon sind wir im altehrwürdigen Rathaus am Marktplatz doch weit entfernt. 99 der 100 Angehörigen unserer Legislative (über den 100. reden wir hier nicht) sprechen gesittet am Rednerpult - was zum Teil auch am Gebrauch der „Fremdsprache Hochdeutsch“ liegt, und eine gelegentliche Spitze, eine pointierte Aussage sollte doch drinliegen, ohne gleich in harmoniesüchtige Schockstarre zu verfallen. Da lob ich mir einen der Vorgänger von Frau Vergat, Christian Egeler, der nach einem etwas wirren Votum resigniert ins Mikrofon raunte: „Manchmal ist es schon schade, dass man vom Bock aus nichts kommentieren darf.“

André Auderset

P.P.
CH-4010 Basel
Post CH AG

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

Juni 2022

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnement CHF 18.00

Auflage
1'400 Exemplare
erscheint ca 4-mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion: André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Druck
Gremper AG, Basel/Pratteln

Denken Sie auch liberal?

- Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden
- Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.